

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XX/227

Bonn, den 26. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Ist der deutsche Arbeiter faul? Zahlen widerlegen böse Unterstellungen	41
2 - 3	Brise aus Südwest Interessante Entwicklungen und Tendenzen im Funk- und Fernsbereich Von Lothar Schwartz, Bonn	67
3	Moral mit doppeltem Boden Herr Lemmer und die Politik	23
4	"Fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt" Zum Bundeskongreß der Jungsozialisten am 3. - 5. Dezember in Hamburg Von Horst Seefeld, Bundessekretär der Jungsozialisten	33
5	Kubas Draht nach Washington geht über Moskau Raúl Castro sieht sich im Ostblock um	36

Ist der deutsche Arbeiter faul ?

Zahlen widerlegen böse Unterstellungen

sp - Sogar seriöse Publikationsorgane haben sich, verleitet von Kanzlerworten, in grauer Vorwahlkampfzeit zu längeren Episteln über die angeblich sinkende Arbeitsmoral der deutschen Arbeitnehmer ausgelassen. Sie entwarfen ein düsteres Bild und glaubten, eine steigende Lust am Kranksein feststellen zu können. Den tüchtigen deutschen Arbeiter, einst ob seiner Arbeitswut viel-bewundert, aber auch manchmal gescholten, konnte es danach kaum noch geben. In dem Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung fände die Sehnsucht nach dem Faulsein ihren Niederschlag.

Aber dieses törichte Argument zog nicht; zu seiner Untermauerung mußten die Krankheitsziffern herhalten. Es wurde behauptet sie hätten einen besorgniserregenden, die Produktivität der Volkswirtschaft schon gefährdenden Umfang angenommen. Bei all diesem Unsinn blieb es nur verwunderlich, wie es möglich sein konnte, daß die Bundesrepublik zum zweitstärksten Handelspartner der Welt aufrückte und die jährliche Zunahme des Sozialprodukts im Durchschnitt über fünf Prozent betrug. Das kommt doch nicht vom Nichtstun und zeugt von einer Arbeitsmoral, die alle Unkenrufe widerlegt.

Die Masse der Arbeitnehmer bleibt über den Verdacht erhaben, durch häufiges Krankmelden der Arbeit fernbleiben zu wollen. Eine in diesen Tagen veröffentlichte Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums gibt in dieser Hinsicht aufschlußreiche Hinweise und straft alle jene Lügen, die sich mit erhobenem Zeigefinger und wohlgespielter Entrüstung zu Moralaposteln berufen fühlen. Ihnen fehlt jede Berechtigung.

- * Das Bundesarbeitsministerium stellte fest: Nur 0,6 Prozent der
- * Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenkassen scheiden
- * durch Krankheit aus dem Arbeitsprozeß aus; sie beanspruchen
- * das Krankengeld für über sechs Wochen. Der Krankenstand der
- * Arbeiter lag im Juli dieses Jahres bei rund fünf Prozent,
- * eine erstaunlich niedrige Zahl. Davon meldete sich etwa
- * die Hälfte nach 14 Tagen wieder gesund.

Diese Angaben, erhärtet und belegt durch eine einwandfreie Statistik, zerstören das Bild vom "faulen deutschen Arbeitnehmer". Er kann sich Faulheit einfach nicht leisten. Sie liegt ihm auch nicht, er muß, will er weiterkommen und seine Familie vor den Wechselfällen des Lebens sichern, auf Draht bleiben. Die wachsende Verteuerung der Lebenshaltung fordert von ihm ein hohes Maß von Arbeitsleistung. Dazu gehören auch die vielen Überstunden. Für viele Arbeitnehmer bleiben sie eine unentbehrliche Quelle für die Bewahrung eines ohnehin bescheidenen Lebensstandards.

Brise aus Südwest

Interessante Entwicklungen und Tendenzen im Funk- und Fernsehbereich

Von Lothar Schwartz, Bonn

Seit fünf Monaten amtiert das neue Führungsteam Hammerschmidt-Gaus beim Südwestfunk. Schon in dieser kurzen Zeit haben die beiden profilierten Publizisten die Erwartungen und Prophezeiungen der Fachwelt bestätigt, daß aus Richtung Baden-Baden ein neuer Wind in die Funk- und Fernsehlandschaft hineinwehen werde. Die noch weitgehend im theoretischen Ansatz befindlichen Reform- und Rationalisierungspläne, die unter dem Stichwort "Quadrige" auf eine enge programmtechnische Zusammenarbeit der vier Rundfunkanstalten im Südwest-Raum hünzielen, kommen zumindest in ihrer Initialzündung aus dieser Richtung.

Die Idee einer vernünftigen Koordinierung und Aufgabenteilung bei der Gestaltung des Äther-Angebots für die Sendebereiche des Hessischen, Süddeutschen und Saarländischen Rundfunks sowie des Südwestfunks ist nicht neu. Die mit der Vorbereitung und Ausstrahlung Dritter Fernsehprogramme verbundenen Finanzierungsprobleme bei diesen vier mittleren bzw. kleinen Anstalten (vom Gebührenaufkommen her) haben die Realisierung jetzt allerdings zur fast zwingenden Notwendigkeit gemacht. Gewolltes "Nebengprodukt" wird eine Gewichtsverlagerung in der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" (ARD) sein. Die sich abzeichnende Programm-Koalition zwischen Frankfurt, Stuttgart, Baden-Baden und Saarbrücken würde z.B. mit 27 Prozent der Bildschirm-Beiträge sogar noch den auf 25 Prozent fixierten Anteil des mächtigen Westdeutschen Rundfunks am Mattscheiben-Angebot übertreffen. Erste Auswirkungen dieser im Anfangsstadium stehenden Entwicklung haben sich bereits bei der Ausübung des Besetzungerechtes für neue Korrespondentenstellen des ARD-Fernsehens im Ausland und zwar in Südamerika und Arabien eingestellt.

Mit Interesse und nicht ohne Argwohn bei den "Großen" werden auch Vereinbarungen und Vorstellungen beobachtet, die der Sendereihe "Report" gelten. Dieses von dem jetzigen SWF-Intendanten Helmut Hammerschmidt in seiner Stuttgarter Chefredakteurs-Zeit begründete und zu Ansehen gebrachte politische Magazin hatte ursprünglich seine federführende Redaktion beim Süddeutschen Rundfunk. Die bis dahin zuliefernden Filial-Redaktionen in den Funkhäusern in Köln und München nahmen die Gelegenheit der Berufung Hammerschmidts zum Bonner Chefkorrespondenten und Subkoordinator für Politik des ARD-Fernsehens wahr, um die "Report"-Reihe in drei eigenständige Verantwortlichkeiten zu überführen, die im Sechs-Wochen-Turnus bei den Chefredaktionen in Köln, München und Stuttgart lagen. Dem West-

deutschen Rundfunk gelang es schließlich vor einigen Monaten, mit der Sendung "Monitor" die seit Jahr und Tag angestrebte Positionsverbesserung im politischen Programmbereich zu erzielen.

Die mit "Panorama" alternierende und konkurrierende Reihe "Report" kommt seither abwechselnd alle vierzehn Tage aus München und Stuttgart. In diesem Rhythmus tritt mit dem neuen Jahr Baden-Baden an die Stelle von Stuttgart. Der Süddeutsche Rundfunk hat dafür den Verzicht des Südwestfunks auf eine regionale Abendschau für Baden-Württemberg eingehandelt. Der Stuttgarter Intendant Dr. Hans Bausch hat damit seinem ehemaligen Chefredakteur Hammerschmidt wieder direkten Kontakt zu seiner "alten Liebe" ermöglicht. Damit dürfte der verständigste Ehrgeiz des SWF-Intendanten, das Ansehen seiner Anstalt im kulturell-musischen Programmbereich auf dem politisch-aktuellen Sektor zu ergänzen, jedoch nicht befriedigt sein. - Ob er sein erklärtes Ziel, in Baden-Baden eine zentrale "Report"-Redaktion zu installieren und dieser Sendereihe wöchentliche Bildschirm-Präsenz am Freitagabend zu sichern, erreichen kann, liegt im Schoß der Intendanten-Konferenz. Eine Verstärkung der politisch-kritischen Programm-Elemente könnte dem Bildschirm kaum schaden. Ob die auf Sichtbeteiligung eingestellten Programmstrategen dabei allerdings mitziehen werden, wenn nicht auch die Mainzer Konkurrenz dieser Art der Informationssendungen von der Plazierung her ein stärkeres Gewicht gibt, bleibt abzuwarten.

Innerhin gibt es zumindest quantitativ erfreuliche Anzeichen, daß auch das Zweite Deutsche Fernsehen an Reformen in dieser Richtung denkt: die Studios in Bonn und Berlin sollen in naher Zukunft eigene feste Sendezeiten im ZDF-Programm erhalten, die am Sonntagabend um 19.40 Uhr eingeplant sind.

+ + +

Moral mit doppeltem Boden

Herr Lemmer und die Politik

sp - Wer selbst nicht ehrlich handelt, kann Ehrlichkeit von anderen kaum verlangen. Wenn eine Regierung schlechte Beispiele liefert, darf sie sich nicht über Zynismus, Staatsverdrossenheit und Gleichgültigkeit der Staatsbürger verwundern. Sie setzt ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, gefährdet die Loyalität, lockert den inneren Zusammenhalt, bringt sich selbst in Mißkredit. Im Kampf um die politische Macht muß es mitunter schon hart zugehen, sollen die Schwerter klirren und die Funken sprühen. Aber das alles hat seine Grenzen, wo es um ein Mindestmaß von Wahrhaftigkeit und Vertrauen geht. Dem ersten Kabinett Erhard und der es tragenden Koalition ging es im fünften Bundestagswahlkampf weder um Wahrhaftigkeit noch um Vertrauen. Sie bedienten sich der Täuschung des Wählers als Waffe. Sie gewannen die Wahl, aber um welchen Preis. Heute stehen sie als Bankrotteure da, müssen selbst eingestehen, ihre Pflicht als Sachwalter der Nation vernachlässigt zu haben. Die Erkenntnis über die wahre Lage unserer Staatsfinanzen kam ja nicht plötzlich, aber sie war auch schon lange vor den Wahlen da, doch das hinderte Regierung und Koalition nicht daran, dem Wählervolk ein Gauklerspiel vorzuspielen, für das es nun einen bitteren Preis zu zahlen hat. Und das schlimmste dabei: Herr Lemmer als einstiger Minister der Regierung Erhard findet das ganz in Ordnung, es wäre eben so in der Politik, die Wahlen müßten ja gewonnen werden. Woher nimmt diese Regierung nach solchem zynischen Eingeständnis noch den Mut, vom Volk Glaubwürdigkeit und Opfer abzuverlangen?

+ + +

"Fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt"

Zum Bundeskongreß der Jungsozialisten am 3. - 5. Dezember in Hamburg

Von Horst Seefeld,

Bundessekretär der Jungsozialisten

Alle zwei Jahre findet ein Bundeskongreß der Jungsozialisten statt. In diesem Jahr ist Hamburg in der Zeit vom 3. bis 5. Dezember der Tagungsort. Die jungen Sozialdemokraten haben den diesjährigen Kongreß unter das Kennedywort "Fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt" gestellt.

Die beiden Vorsitzenden, Dr. Günther Müller, MdB, und Peter Courtier werden zur Eröffnung des Kongresses den Geschäftsbericht geben. Im Verlauf der Tagung wird dann in vier Arbeitsgemeinschaften den 155 Delegierten Gelegenheit gegeben, sich zu zahlreichen Sachfragen zu äußern. In der Arbeitsgemeinschaft A "Wege der politischen Willensbildung", werden der Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Lohmann und Franklin Schultkeiß, Referent beim Parteivorstand der SPD, die Einführungsreferate halten. "Die Aufgaben der Jungsozialisten - unsere Arbeit in Stadt und Land" ist das Thema einer zweiten Arbeitsgemeinschaft. Hier geben der Berliner Diplom-Psychologe Helmut Kientler, und der junge Polizeipräsident von Kassel, Hans Krollmann, der selbst viele Jahre dem Zentralausschuß der Jungsozialisten angehörte, einleitende Betrachtungen. Hermann Schmitt-Vockerhausen, MdB, ist der Redner in der Arbeitsgemeinschaft, die sich mit dem Thema "Demokratie in Deutschland" befaßt. In der vierten Arbeitsgemeinschaft "Unser Vaterland - Europa", referieren der Hamburger Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Apel und der Landesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten von Nordrhein-Westfalen, Werner Johannes.

Die Wahl des Bundesvorsitzenden und seines Stellvertreters leitet über zum letzten Teil der Konferenz, dem Hauptreferat des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten findet in der Öffentlichkeit bereits jetzt starke Beachtung. Er ist der erste Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach der Bundestagswahl. Neben dem Bundeskongreß haben die Hamburger Jungsozialisten eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen vorbereitet, in denen führende Sozialdemokraten von Hamburg und bekannte Journalisten zu aktuellen Themen Rede und Antwort stehen und diskutieren werden.

Kubas Draht nach Washington geht über Moskau

Raúl Castro sieht sich im Ostblock um

H.D. - Die kubanische Führung gibt wieder einmal Anlaß zum Rätseln. Seit dem 6. Oktober hält sich Kubas Verteidigungsminister und stellvertretender Regierungschef Raúl Castro im Ostblock auf. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Warna (Bulgarien) und dem Schwarzmeerehafen Odessa fuhr er an der Spitze einer Militär-Abordnung nach Moskau. Über seine Gespräche mit seinem Sowjet-Kollegen Marschall Rodion Y. Malinowski wird nach wie vor ein undurchsichtiger Schleier von Geheimnistuerei gebreitet. Seine kurze Stippvisite bei der Prager Regierung und seine Anwesenheit beim "Oktobersturm"-Manöver des Warschauer Pakts in Thüringen sind die einzigen bekanntgewordenen Kontakte, die Raúl Castro außerhalb Moskaus knüpfte.

Der Zeitpunkt dieser Reise ist ebenso interessant wie ihre Vorgeschichte. Sie erfolgte kurz nach dem offiziellen Eintritt Kubas in den Ostblock. Will Havanna sich dem Warschauer Pakt nunmehr formell anschließen? Raúl Castro dürfte nach Prag gefahren sein, weil die Tschechoslowakei bereits 1962 und 1963 gegen eine Ausdehnung des Einflußbereiches dieses östlichen Militärblocks in die westliche Hemisphäre Einspruch erhoben haben soll. Kubas "zweitwichtigster Mann" hatte schon vor Jahresfrist die UdSSR, Polen, Ungarn und Rumänien besucht, ohne daß es zu irgendwelchen greifbaren Abmachungen gekommen wäre. Vor ihm weilte im September 1962 der jetzt ausgebootete "starke Mann" Ernesto "Che" Guevara in Moskau und handelte dort die Stationierung von 42 sowjetischen Mittelstreckenraketen auf der Zuckerinsel aus. Dies führte seinerzeit zur bedrücklichsten Weltkrise seit 1945.

Eine neue Herausforderung dieser Art ist nach Lage der Dinge kaum mehr aktuell, doch dürfte Raúl Castro die Gespräche mit Sowjet-Außenminister Adrei A. Gromyko fortsetzen, die dieser vor wenigen Wochen in Havanna mit Fidel Castro begonnen hatte. Dem Vernehmen nach soll Gromyko den Kubanern nahegelegt haben, eine Art Burgfrieden mit den USA zu suchen. Havanna reagierte prompt und schloß mit Washington durch schweizerische Vermittlung ein Abkommen, das die Massenauswanderung von Kubanern nach den Vereinigten Staaten regelt.

Dies ist das erste Abkommen dieser Art, das je ein Land des kommunistischen Blocks mit einer westlichen Regierung abgeschlossen hat. Oftmals ist in der Bundesrepublik dieses Abkommen als "beispielhaft für Ostberlin" bezeichnet worden.